



Interview

Ecuador: Bananen der Schande

Grossaufnahme: Guillermo Touma, Generalsekretär des Gewerkschaftsbunds von Ecuador, CEOSL, einem IBFG Mitglied, und Präsident des Nationalen Verbands der freien Vereinigungen der Landarbeiter und Einheimischen von Ecuador, FENACLE(*). Er berichtet uns von der Ausbeutung der Bananenarbeiter und ihrem erbitterten Kampf in den Gewerkschaften, der durch eine internationale Kampagne publik geworden ist. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem Fall der Los Alamos Plantage, die Gegenstand einer Untersuchung durch den Ausschuss für Gewerkschaftsfreiheit der IAO war.

Seit seinem 14. Lebensjahr arbeitete Guillermo bereits während seiner 3-monatigen Schulferien auf der Bananenplantage. Mit 18 Jahren schuftete er schliesslich den ganzen Tag auf der Balaochico Plantage, wo er 17 Jahre blieb. „Angesichts der Ausbeutung, die ich erlebt habe, gewann ich die Überzeugung, dass sich die Lebensqualität nur durch eine Gewerkschaftsorganisation verbessern lässt. Aus diesem Grunde bin ich auch in den 70er Jahren Gewerkschaftsführer geworden, wodurch ich mit anderen Gewerkschaftsmitgliedern in Kontakt kam, die mir gezeigt haben, welche bemerkenswerten Verbesserungen erzielt werden können, wenn man nur dafür kämpft“.

● Von den ca. 360.000 Arbeitern, die auf den Bananenplantagen des Landes beschäftigt sind, sind nur 1.100 Mitglied in der Landarbeitergewerkschaft Fenacle. Ist die gewerkschaftliche Organisation auf den Plantagen so schwierig?

Entgegen der Verfassung der Republik und der Arbeitsgesetzgebung oder der diesbezüglich von Ecuador ratifizierten Abkommen der IAO, ist die Organisation der Arbeiter sehr schwierig. Die Funktionäre des Arbeitsministeriums, die mit der Unterstützung der Gewerkschaftsfreiheit beauftragt sind, stehen in der Realität zu oft auf der Seite der Arbeitgeber, und schränken dadurch eben diese Freiheit ein. Aus diesem Grunde ist unsere Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisation absolut notwendig.

● Worin besteht diese Kampagne und welche internationale Unterstützung genießt sie?

Seit anderthalb Jahren arbeiten wir an einem Projekt zur Organisation und Gründung von Gewerkschaften auf den Bananenplantagen, zusammen mit dem internationalen Netz „bananalink“ zur Förderung eines gerechten Handels und Verbrauchs. Die grösste finanzielle Unterstützung erhalten wir vom amerikanischen Gewerkschaftsverband AFL-CIO.



In diesem Sektor gibt es enorm viele Jugendliche, die absolut keine Ahnung von der Arbeit der Gewerkschaften haben. Durch dieses Projekt konnten wir damit beginnen, ihnen die Bedeutung der Arbeit der Gewerkschaften bei der Verteidigung ihres Arbeitsplatzes und ihrer sozialen Rechte zu erklären, die ihnen heute vorenthalten werden, obwohl sie im Arbeitsgesetzbuch vorgesehen sind. Wir sind auch Mitglied des lateinamerikanischen Ausschusses der Bananenarbeiter (COLSIBA) und wir stehen natürlich auch mit Gewerkschaften der anderen drei Bananenprovinzen Ecuadors in Kontakt.

● In den letzten Monaten hat die Los Alamos Plantage der Noboa Gruppe, die allgemein unter dem Markennamen „Bonita“ bekannt ist, aufgrund der Verletzungen der Gewerkschaftsrechte in der Presse ein breites Echo gefunden. Wo liegt der Ursprung für diesen Konflikt?

Seit Jahren werden über 1.200 Arbeiter für einen Hungerlohn und ohne Einhaltung der Gesundheits- und Sicherheitsnormen ausgebeutet. Sie arbeiten dort täglich 10 bis 12 Stunden und 6 Tage pro Woche. Die Frauen, die 15 % der Arbeiter ausmachen, leiden unter der sexuellen Belästigung und der Lohndiskriminierung, da sie 18 bis 20 % weniger

Lohn als die Männer erhalten. Am 25. Februar 2002 haben die Arbeiter der Los Alamos Gruppe beschlossen, eine Gewerkschaft zu gründen. Eines der ersten Ziele war die Bekämpfung eines in Ecuador weit verbreiteten Phänomens: die Vergabe an Unterauftragnehmer. Die Unternehmer haben in der Tat eine Methode zur Rotation der Arbeiter zwischen verschiedenen Unterauftragsnehmern entwickelt, um die Arbeiter leichter ausbeuten und ihnen einen sicheren Arbeitsplatz verweigern zu können. Beim geringsten Problem werden sie ohne Entschädigung entlassen. Sie kennen noch nicht einmal ihren direkten Arbeitgeber, der bestenfalls in winzigen Buchstaben am Ende ihres Vertrags aufgeführt ist. Ansätze zur gewerkschaftlichen Organisation werden sofort im Keim erstickt. Am 8. März wurden 123 Angestellte allein aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft entlassen. Wegen der drei Unterauftragsnehmer mussten laut Gesetz übr-

➔ FORTS. AUF SEITE 2

In dieser Ausgabe

1. Interview: Guillermo Touma

2. Dschibuti

3. Hongkong

4. IBFG - Vorstand

5. Migranten

6. Kolumbien
Simbabwe

☛ FORTS. VON SEITE 1

gens drei getrennte Gewerkschaften gegründet werden.

● In welchem Zusammenhang finden Gewaltakte gegen Gewerkschaften statt?

Am 6. Mai 2002 streikten 800 Arbeitnehmer gemäss der rechtlich vorgeschriebenen Verfahren, nachdem die Direktion der Firmengruppe die von der Gewerkschaft vorgelegte Petition zurückgewiesen und monatelang unbeantwortet gelassen hatte. Konkret protestierten die Streikenden gegen die Entlassung von Streikenden zwei Monate zuvor und forderten die Einhaltung verschiedener Punkte des Arbeitsgesetzes, vor allem die Bereitstellung von Kleidung und Arbeitsgeräten, die Einrichtung eines Gesundheitszentrums, die Zahlung eines Mindestgehaltes sowie die Vergeltung von Überstunden oder einen Schutz gegen das Besprühen der Plantagen aus der Luft und andere Praktiken. Die Gewerkschaft, die auch weibliche Mitglieder zählt, hatte auch spezifische Forderungen der Arbeiterinnen zur Beendigung der sexuellen Belästigung und der Lohnungleichheit formuliert. 10 Tage später, am 16. Mai, drangen 300 bewaffnete und maskierte Söldner gegen 2 Uhr morgens in die Plantage ein und griffen die Arbeiter in ihren eigenen Häusern an. 19 Personen wurden verletzt. Darunter war auch der Arbeiter Mauro Romero, der ein Bein verlor. Am gleichen Tag, gegen 18 Uhr, griffen die Streikbrecher der Arbeitgeber erneut an, wobei es unter den Arbeitern erneut Verletzte gab.

● Wie hat sich die internationale Solidarität der Gewerkschaften in diesem Konflikt geäussert?

Wir haben vor allem Solidaritätsschreiben des IBFG und seiner zahlreichen Mitglieder in der Welt bekommen. Ohne dieses Netz der internationalen Solidarität wäre die Unterstützung zweifelsohne noch brutaler gewesen und Gewerkschaftsführer wie ich hätten nicht die Möglichkeit, sich so äussern zu können, wie ich es zur Zeit tue. Die UITA spielt

auch eine sehr wichtige Rolle bei unserer Unterstützung im Fall Los Alamos. Dank der UITA haben wir auch eine Klage beim Ausschuss für Gewerkschaftsfreiheit des IAA eingereicht, der diese Woche in Genf zusammengekommen ist. Dieser Ausschuss hat soeben dem Verwaltungsrat des IAA empfohlen, von den Behörden Ecuadors die Gewährleistung eines gewissenhaften Ermittlungsverfahrens, sowie die Einrichtung einer echten Tarifverhandlung zu fordern.

● Welche Stimmung herrscht inzwischen unter den Arbeitern der Bananenplantagen von Los Alamos?

Am Sonntag fand eine Versammlung statt, bei der die Arbeiter nach 7 Monaten Streik beschlossen haben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wir haben einige Spenden aus dem Ausland bekommen, wodurch sie sich zumindest mit den Grundnahrungsmitteln eindecken konnten, doch die wirtschaftliche Lage dieser Arbeiter ist erschreckend und sie können das Überleben ihrer Familien nicht mehr sichern. Sie haben jedoch eindeutig Angst, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Anwalt der Gruppe hat uns mündlich zugesichert, dass die Direktion die Löhne anheben und sogar das medizinische Zentrum verbessern werde. Wir hoffen, dass es sich dabei nicht nur um ein Versprechen in der letzten Woche der Präsidentschaftskampagne handelt.

● Wie sehen Sie nach Ihrem Kurzaufenthalt in Brüssel die europäische Dimension der Problematik des Bananenhandels, insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung im Jahr 2004 und die neue europäische Einfuhrbestimmung für Bananen ab 2006?

Wir befürchten, dass die Unternehmen aufgrund der europäischen Erweiterung nicht mehr Vertriebskanäle privilegieren, die auf einen gerechten Verbrauch achten, sondern stattdessen umfangreich in die neuen mitteleuropäischen Märkte investieren, wo die Verbraucher wirklich nur sehr gering über den

„gerechten Verbrauch“ informiert sind. In dieser Woche findet übrigens eine Sitzung in Brüssel zwischen COLSIBA (europäisches Gewerkschaftsnetz), EUROBAN (im Bananensektor aktive NROs) und den Netzen der Kleinproduzenten zur Entwicklung einer gemeinsamen Strategie statt, um die Rechte der Arbeiter bestmöglich verteidigen zu können.

● Im letzten April hat Human Rights Watch einen Bericht veröffentlicht, in dem vor allem die Kinderarbeit auf den Bananenplantagen aufgedeckt wurde. Wie schätzen Sie dieses Problem ein?

Die Kinder arbeiten, weil sich zahlreiche Familien sonst nicht über Wasser halten könnten. Das Monatsgehalt liegt zwischen 80 und 120 Dollar, während das Budget für den Lebensunterhalt einer Familie schätzungsweise 300-350 Dollar pro Monat beträgt! Es stimmt, dass viele Kinder auf den Plantagen, meistens unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten. Ihre Rechte als Kind werden überhaupt nicht anerkannt und ihr Lohn ist noch viel niedriger als der der Erwachsenen. Zudem haben sie keinen Gesundheitsschutz oder Zugang zur Bildung. Dieser Bericht schlug bei der Regierung und den Produzenten wie eine Bombe ein. Seitdem haben viele grössere Arbeitgeber die Kinder ohne Entschädigung entlassen. Aufgrund dieses Berichts hat die IAO einen Dreierausschuss eingerichtet, um die Kinderarbeit auf den Bananenplantagen genauer zu untersuchen. ●

(*) FENACLE zählt 250.000 Bananenarbeiter, einheimische Arbeiter oder kleine unabhängige Landarbeiter, die alle von der Bananenproblematik betroffen sind.

(**) An erster Stelle der Einnahmequellen des Landes steht das Erdöl, an dritter Stelle die Banane (Ecuador's Anteil am weltweiten Bananenexport liegt bei 40 %), an vierter Stelle die Garnele und an fünfter Stelle die Blume.

(***) Noboa ist der viertgrösste Bananenproduzent der Welt.

IBFG online ... 194/181102/ND

Dschibuti enthebt Gewerkschaftsführer seines Amtes

Am 24. Oktober 2002 hat sich Guy Ryder, Generalsekretär des IBFG, an den Präsidenten der Republik Dschibuti, Omar Guelleh, gewandt, und die Sorge der internationalen Gewerkschaftsbewegung anlässlich der angekündigten Ministerialverordnung zum Ausdruck gebracht, wonach der Generalsekretär der Gewerkschaft der Arbeitnehmer im Bereich Bauwesen und staatliche Bauvorhaben (SP-BTP) und Generalschatzmeister der Arbeitergewerkschaft von Djibouti (UDT), Abdoukalek Waberi Ouffaneh, seinen Ämtern enthoben werden soll.

In einem vorhergegangenen Schreiben vom 12. Februar 2001 hatte der IBFG bereits die Sanktionen gegenüber dem djiboutischen Gewerkschaftsführer angeklagt. Der IBFG ist daher überzeugt, dass es sich bei dieser Ministerialverordnung um ein Ablenkungsmanöver handelt, um Herrn Abdoukalek Waberi Ouffaneh an der Ausübung seiner Gewerkschaftsfunktionen zu hindern. Zur Erinnerung: In seinem jüngsten Jahresbericht bezüglich der weltweiten Verletzungen der Ge-

werkschaftsrechte, der im letzten Juni veröffentlicht worden war, klagte der IBFG erneut die Nichteinhaltung der Gewerkschaftsrechte in Dschibuti und die Weigerung der Behörden zum Dialog mit den legitimen Führern der von der internationalen Gewerkschaftsbewegung anerkannten nationalen Gewerkschaftsbünden Djiboutis an. Im Jahresbericht des IBFG wird auch die gewaltsame Verfolgung von Gewerkschaftsaktionen oder aber die ungerechtfertigte Entlassung von Gewerkschaftsmitgliedern angeprangert.

Guy Ryder erinnerte den Präsidenten von Dschibuti an die juristischen Verpflichtungen in bezug auf die Gewerkschaftsfreiheit und den Schutz von Gewerkschaftsrechten, da sein Land die IAO Abkommen ratifiziert hatte. Er forderte ihn daher auf, sich persönlich dafür einzusetzen, dass Herr Abdoukalek Waberi Ouffaneh schnellstmöglich wieder in seine Ämter eingesetzt wird. ●

IBFG online ... 185/221002/ND

Der IBFG klagt neues menschenrechtsfeindliches Gesetzesvorhaben in Hongkong an

In einer Erklärung vom 28. November bezüglich China befürwortete der Exekutivausschuss des IBFG die Ansicht seiner Mitgliedsorganisation HKCTU (Gewerkschaftsbund von Hongkong), wonach das neue Gesetzesvorhaben der Regierung von Hongkong grundlegend antidemokratisch und gegen die Gewerkschaften gerichtet ist.

Laut Artikel 23 dieses neuen Gesetzes kann die chinesische Regierung jede Organisation in Hong Kong verbieten, die im Verdacht steht, „Mitglied“ einer Organisation des chinesischen Festlands zu sein und die als Gefahr für die nationale Sicherheit eingestuft wird. Da die unabhängigen Gewerkschaften auf dem chinesischen Festland in diese Kategorie fallen, wird durch dieses Gesetz die eigentliche Existenz der Gewerkschaftsbewegung in Hongkong gefährdet“, so der Kommentar von Lee Cheuk-Yan, Generalsekretär des HKCTU.

Artikel 23 der Verfassung sieht vor, dass die unter der Sonderverwaltung von Hongkong stehende Region (HKSAR) „eigene Gesetze verkündet, um jeden Akt des Verrats, der Abspaltung, Aufruhr und Subversion gegen die zentrale Volksregierung (CPG), sowie die Aneignung von Staatsgeheimnissen zu verhindern und jeder Organisation oder jedem ausländischen Organ die Durchführung von politischen Aktivitäten in der Region zu verbieten und um Organisationen oder ausländischen politischen Organen der Region Verbindungen zu ausländischen Organisationen oder politischen Organen zu untersagen.“ Darüber hinaus sieht das Gesetz



Lee Cheuk-Yan, Generalsekretär des HKCTU.
(Foto: IBFG)

vor, dass die Polizei das Recht auf Durchsuchungen und die Beschlagnahme von Material hat, und zwar ohne richterliches Mandat. Lee sagt: „Es ist klar, dass Missbrauch, egal ob Einschüchterungsversuche oder Belästigungen, möglich sind“.

Die Mitglieder des HKCTU sind nun äusserst besorgt, da die täglichen und legitimen Aktivitäten der Gewerkschaften

plötzlich unter die undurchsichtige Definition von Artikel 23 fallen könnten und dass das Gesetzesvorhaben in der Tat als politisches Instrument dient, um die legitimen Gewerkschaftsaktivitäten zu unterbinden und die politische Opposition zum Schweigen zu verurteilen.

Am 25. September wurde eine dreimonatige Anhörungsphase zur „Geplanten Anwendung von Artikel 23 der Verfassung“ gestartet. Der IBFG ist angesichts der Tatsache besorgt, dass das neue Gesetz Mitte 2003 vollständig in Kraft treten wird, ohne dass die Meinung der Bewohner von Hongkong berücksichtigt wurde.

„Der IBFG erklärt sich mit seinen Mitgliedern in Hongkong, den einzigen freien Gewerkschaften Chinas, absolut solidarisch. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sie ohne Einmischung der zentralen Behörden von Peking und unabhängig von den kommerziellen Interessen weiter funktionieren können, und zwar ohne dass der Schutz der bürgerlichen und politischen Rechte in irgendeiner Weise angetastet wird“, so Guy Ryder, Generalsekretär des IBFG. ●

IBFG online ...208/161202/JL

Neuer Bericht

In einem Bericht über Hongkong, der zeitgleich zur Untersuchung des WTO vom 16. bis 18. Dezember in Bezug auf die Handelspolitik von Hongkong veröffentlicht wurde, hat der IBFG nachdrücklich das Gesetzesprojekt kritisiert, das im Falle seiner Verabschiedung die eigentliche Existenz der unabhängigen Gewerkschaften gefährden würde (siehe gegenüberstehenden Artikel).

Aufgrund der Ratifizierung von nur vier der acht Grundkonventionen der IAO, gibt es noch weitere Bereiche, die Anlass zur Sorge bereiten, wie die Diskriminierung der Wanderarbeiter und die so gut wie nicht existenten Tarifverhandlungen.

Obwohl zwei der Grundkonventionen der IAO zum Schutz der Gewerkschaftsrechte auch für Hongkong gelten, weigert sich die Regierung von Hongkong weiterhin, den Empfehlungen des Ausschusses für Gewerkschaftsfreiheit des IAA zu folgen.

Ein Recht oder Anspruch auf Anerkennung der Gewerkschaften und Tarifverhandlungen gibt es nicht und folglich auch keinen institutionellen Rahmen für diese Rechte. Die Tarifabkommen gelten für nicht einmal 1 % der Arbeitnehmer und sind darüber hinaus nicht obligatorisch. Praktisch gesehen bedeutet dies, dass die Gewerkschaften oftmals gezwungen sind, vor allem als Interessensgruppe und Organisatoren oder Berater von Arbeitnehmern zu fungieren. Die Situation im öffentlichen Sektor ist noch schlimmer: es gibt keinerlei Tarifverhandlungen und wie die jüngsten Reformen im öffentlichen Dienst gezeigt haben, zögert die Regierung nicht, einseitig zu handeln.

Die Diskriminierung aufgrund der Rasse oder nationalen Herkunft, insbesondere der äusserst zahlreichen ausländischen Hausangestellten in Hongkong, ist ebenfalls ein ernsthaftes Problem. In Hong Kong dürfte sich ihre Zahl auf 240.000 belaufen. Sie kommen hauptsächlich aus Indonesien und von den Philippinen. 60 % von ihnen erhalten weniger oder oftmals viel weniger als den Mindestlohn von 3.670 HK\$. Diese Arbeiter werden beim Verlust ihres Arbeitsplatzes einfach ausgewiesen, was für ihre Arbeitgeber ein Grund ist, sie total auszubeuten. Klagen dieser Arbeiter aufgrund der oftmals schlechten Behandlung sind zahlreich.

Das Prinzip der gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit (Lohnleichheit) wird in Hong Kong nicht angewandt. Laut den jüngsten zur Verfügung stehenden Statistiken Ende der 90er Jahre ist der Lohnunterschied weiterhin enorm und unter den niedrigsten Lohnstufen und den am wenigsten qualifizierten Funktionen am höchsten.

Vorstand des IBFG: Ergebnisse in Kurzform

Neue Mitglieder, Verabschiedung von Stellungnahmen, neue weltweite Gewerkschaftsstrategien und zukünftige Aktivitäten.

Bei der Jahressitzung seines Exekutivausschusses Ende November in Brüssel hat der IBFG den Beitritt von sieben neuen Organisationen befürwortet: die albanischen Gewerkschaften KSSH und BSPSH, die litauische Gewerkschaftsorganisation LPSK/LTUC, die mexikanischen Gewerkschaftsorganisationen UNT und CROC, die norwegische Organisation YS und die PGFTU aus Palästina. Der IBFG zählt inzwischen 231 Mitgliedsorganisationen in 150 Ländern und Gebieten und insgesamt über 158 Millionen Mitglieder.

Der Exekutivausschuss hat eine Stellungnahme verabschiedet, in der er die barbarischen Terroranschläge in Kenia verurteilt sowie das Engagement der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur weltweiten Bekämpfung des Terrorismus sowie ihre Entschlossenheit, sich weiterhin für Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie in der Welt einzusetzen, nochmals bekräftigt.

Der Ausschuss hat auch den Mitgliedern des IBFG in Hong Kong seine klare Unterstützung bei deren Bemühungen zugesagt, das von der Regierung Hong Kongs vorgeschlagene grundlegend antidemokratische und gegen die Gewerkschaften gerichtete Gesetzesvorhaben (Artikel 23) zu verhindern.

In einem Beschluss in Bezug auf Korea hat der Exekutivausschuss die Forderung der Mitglieder des IBFG, FKTU und KCTU, uneingeschränkt unterstützt, wonach das neue Gesetz zu den Freihandelszonen zurückgezogen oder zumindest geändert werden sollte, da hierdurch grosse ausländische Investoren von zahlreichen Auflagen bezüglich der Umwelt- und Arbeitsnormen befreit wären (1).

Der Ausschuss prangerte auch die erhebliche Verschlechterung der Situation der Gewerkschaftsrechte in Belarus an, insbesondere die unrechtmässige Einsetzung einer neuen Führung an der Spitze der Gewerkschaftsorganisation FPB durch die Loukashenko Regierung. Der Ausschuss hat eine internationale Solidaritätskampagne zur Unterstützung der Gewerkschaftsrechte in Belarus gestartet. Im Rahmen dieser Kampagne fordert der IBFG die Europäische Union auf, die Belarus gewährten Handelsvorzüge zu untersuchen und die Möglichkeit einer neuen Aktion bei der Internationalen Arbeitsorganisation zu prüfen.

ZUM GEDENKEN

In Erinnerung an die Ermordung vor 20 Jahren von 15 Mitgliedern der Opposition des ehemaligen Militärregimes in Surinam, darunter auch Cyrill Daal, der Präsident des IBFG Mitglieds, „De Moe-



Außerdem fand eine Sonderveranstaltung zum Gedenken an den tunesischen Gewerkschaftsführer Farhat Hached statt, der vor 50 Jahren ermordet wurde. (Foto: IBFG)

derbond“, hat der Exekutivausschuss des IBFG die Regierung von Surinam aufgefordert, eine umfassende Untersuchung dieser Verbrechen zu veranlassen und die Attentäter vor Gericht zu bringen.

Desgleichen fand eine besondere Zeremonie zum Gedenken des 50. Jahrestags der Ermordung des tunesischen Gewerkschaftsführers Farhat Hached statt, der zentralen Figur im Kampf für die Unabhängigkeit und soziale Gerechtigkeit in diesem Land. Farhat Hached hatte eine wesentliche internationale Rolle für die tunesische Gewerkschaftsbewegung gespielt.

WELTWEITE STRATEGIEN

Nach einer einführenden Diskussion von Antonio Guterres, dem ehemaligen Premierminister von Portugal und aktuellen Präsidenten der sozialistischen Internationale zur weltweiten politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, verabschiedete der Exekutivausschuss die zentralen Elemente der internationalen Gewerkschaftsstrategien im sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Bereich sowie die damit zusammenhängenden Aspekte für die kommenden Jahre.

Das Exekutivausschuss hat mehrere Stellungnahmen bezüglich der Zusammenarbeit zwischen den internationalen Gewerkschaftsorganisationen innerhalb der Gruppe „Global Unions“, eine Kampagne für Arbeitsnormen und eine soziale Dimension der Globalisierung, sowie eine weltweite Kampagne zu HIV/Aids an den Arbeitsplätzen verabschiedet. Der Ausschuss hat einen Aufruf an alle Gewerkschaften in der Welt gerichtet, damit diese ihre Aktivitäten am 1. Mai 2003 auf Aktionen zur Einhaltung der Rechte der Arbeiter in der Weltwirtschaft und für den Anspruch der Jugendlichen auf annehmbare Arbeit, Bildung und Ausbildung im Rahmen der weltweiten Jugendkampagne des IBFG konzentrieren.

Der Exekutivausschuss verabschiedete auch eine Strategie für Kampagnen und Kom-

munikation des IBFG, sowie Vorschläge zur Zusammenarbeit der Gewerkschaften in Entwicklungsfragen und die Einrichtung eines internationalen Gewerkschaftsnetzes für die Forschung.

ZUKÜNFTIGE AKTIVITÄTEN

Der Vorschlag des japanischen IBFG-Mitglieds, JTUC-RENGO, zur Ausrichtung des kommenden Weltkongresses des IBFG in Japan im letzten Quartal 2004 wurde akzeptiert, ebenso wie eine Reihe von Empfehlungen bezüglich der Vorbereitungen zum Kongress.

Die Abschlussvorbereitungen zur 8. Weltkonferenz der Frauen des IBFG in Melbourne vom 18. bis 21. Februar 2003 wurden genehmigt. Das Hauptthema der Konferenz ist die Organisation der Frauen in den Gewerkschaften und die Steigerung ihrer Beteiligung innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen auf allen Ebenen. Es wurden auch Programme für die Teilnahme der internationalen Gewerkschaften am Weltsozialforum 2003 in Porto Alegre und beim Weltwirtschaftsforum in Davos entwickelt. ●

18. Dezember, Internationaler Tag der Wanderarbeiter

Die Gewerkschaften fordern gleiche Rechte für Wanderarbeiter.

„Armut und Gewalt“ sind heute wie gestern die tragisch banalen Gründe, die Tausende von Menschen zum Verlassen ihres Landes zwingen, auf der Suche nach einer besseren Zukunft. Die wirtschaftliche Globalisierung und die dadurch entstehende Entwicklungslücke in den südlichen Ländern oder in den Übergangsländern in Osteuropa zwingen in der Tat jeden Tag Tausende von Personen, ihr Heimatland zu verlassen und sich neue Mittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts in weniger armen Ländern zu suchen.

Insgesamt sind weltweit über 150 Millionen Wanderarbeiter verzeichnet (2 % der Weltbevölkerung), davon allein 50 Millionen in Afrika. Über 100 Millionen sind, laut der IAO, Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen. Letztere machen 47,5 % dieser Wanderbewegungen aus, bei steigender Tendenz, was auf eine zunehmend ‚weibliche‘ Wanderbewegung hinweist. Zu dieser Schätzung kommt die zunehmende Zahl von Wanderarbeitern „ohne Papiere“ oder Illegale hinzu (30 bis 40 Millionen) hinzu. Wenn man einmal vom Ungleichgewicht absieht, das die eigentliche Ursache dieser Wanderbewegungen ist, dürfte diese Entwicklung in den kommen-

den Jahren sogar noch erheblich zunehmen.

Obwohl sie der eigentliche Motor der wirtschaftlichen Globalisierung sind, werden Wanderarbeiter viel zu oft schamlos ausgebeutet und vielfach diskriminiert. Guy Ryder, Generalsekretär des IBFG erinnert daran, dass „gleiche Chancen und Behandlung am Arbeitsplatz ein grundlegendes Recht sind, das für alle gilt“.

Die Gewerkschaften, die die Wanderarbeiter als vollwertige Arbeiter mit gleichwertigen Rechten ansehen, kämpfen auf nationaler und internationaler Ebene für die Entwicklung und Anwendung juristischer Mittel, damit diese Rechte anerkannt werden. Der IBFG, der seit mehreren Jahren mit Organisationen für Menschenrechte und Rechte der Wanderarbeiter eine umfassende Kampagne zur Ratifizierung von internationalen Konventionen zur gleichen Behandlung von Wanderarbeitern bei Arbeit, Lohn und Gehalt, Sozialversicherung und Gewerkschaftsrechten (Konventionen 97 und 143 der IAO) durchführt, begrüßte daher auch die Unterzeichnung durch Timor Mitte Dezember der Internationalen Konvention für den Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien, die 1990 von den Vereinten Nationen verabschiedet worden war. Dank dieser 20. Unterschrift kann dieses juristische Mittel endlich in Kraft treten und den Wanderarbeitern bessere Perspektiven eröffnen, die überall in der Welt oft Opfer von intolerablem Missbrauch werden.

Information, Ausbildung, Rechtsberatung, Organisation.... Bei ihrem Ziel zur Bekämpfung dieser Diskriminierung, der Wanderarbeiter überall in der Welt ausgesetzt sind, führen der IBFG und seine Mitglieder seit mehreren Jahren eine Reihe von konkreten Aktionen in diesem Bereich durch.

Zur Erinnerung: Der IBFG hat sich auch besonders bei der Weltkonferenz der Vereinten Nationen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz engagiert, die vom 31. August bis zum 7. September 2001 in Durban stattfand, wodurch die Debatte zur Diskriminierung neu entfacht werden konnte. In diesem Kontext hat der IBFG einen besonderen Aktionsplan mit dem Titel „Nein zu Rassismus und Fremdenhass“ verabschiedet, wodurch er sich nicht nur an den Arbeitsplätzen, sondern auch in seinen eigenen Reihen und auf der Ebene der gesamten Gemeinschaft intensiver für die Rechte der Wanderarbeiter einsetzen kann. ●

IBFG online ... 209/171202/CL

Wandernde Hausangestellte: ein Sektor kommt ans Licht

Anlässlich des internationalen Tags der Wanderarbeiter hat der IBFG ein Dokument zu wandernden Hausangestellten veröffentlicht und erläutert, wie die Gewerkschaften versuchen, Hilfe zu leisten und diese Kategorie der besonders verwundbaren Wanderarbeiter zu organisieren.

Die Hausarbeit ist in der Tat in zahlreichen Ländern einer der wichtigsten Tätigkeitsbereiche der Wanderarbeiter. Doch trotz des zunehmenden Ausmaßes des Phänomens muss leider festgestellt werden, dass dieser Bereich bis heute unsichtbar ist und ignoriert wird. Diese wandernden Hausangestellten zählen aufgrund ihrer Isolierung, ihrer direkten Abhängigkeit von ihrem Arbeitgeber und ihrer oftmals ununterbrochenen Präsenz am Arbeitsplatz zu den verwundbarsten ausländischen Arbeitnehmern, die sich am schwierigsten organisieren lassen. Wie sehen ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen aus? Wie mobilisieren sich die Gewerkschaften weltweit, um ihnen zu helfen und sie zu organisieren? All diese Fragen werden im neuen Bericht des IBFG behandelt.

Anmerkung: Der IBFG hat ebenfalls ein Interview von Noël Fabian veröffentlicht, einem nach Belgien immigrierten philippinischen Hausangestellten, der Mitglied des belgischen Gewerkschaftsbunds FGTB ist, sowie von Esther Lynch, einem irischen Gewerkschaftsmitglied des Gewerkschaftsbunds ICTU, die sich für den Kampf gegen den Rassismus engagiert.

INTERNATIONAL CONFEDERATION OF FREE TRADE UNIONS | ICTU | DECEMBER 2002

Women migrant domestic workers: bringing the sector into the open

Poor pay, difficult working conditions, bad treatment ... in both the north and south, migrant workers of both sexes are the target of large-scale discrimination. Having 'unsuitable' skin colour for the job, lacking the right qualifications to hope for anything better, waiting for their work and residence status to be regularized or condemned to live clandestinely, migrant workers are obvious targets for exploitation of many kinds. The position of the women who represent a growing portion of this migrant population is doubly fragile on this immigrant employment market, combining as they do the disadvantages of their migrant status with those of their gender (more difficult access to education and lower social position). In their host countries these foreign women very often undertake difficult and thankless tasks and, where they lack legal status, live on the edge of society. In many countries domestic service is one of the main activities of migrant women. But despite growing significantly, this phenomenon remains today largely invisible and ignored, even though with economic and social changes such as the rising number of households with two full-time working parents, family disintegration and the problems attached to an ageing population, it is set to increase in the coming years. These migrant domestic workers, due to their social isolation, their direct dependence on their employers and their continuous presence at their place of work, are amongst the most vulnerable of all foreign women workers, and also the most difficult to unionize. What are their living and working conditions? How are trade unions around the world mobilizing to help and organize them? We give an overview below.

Helping them out of illegality

In Italy, data from FILCAMS-CGL (Italian Federation of Commercial, Retail, Catering and Service Workers - Italian General Workers' Federation) shows that, out of one million domestic workers, 880,000 are migrants. In 1994 women domestic workers represented about one third of all such persons granted. Today, with a vast regularization effort under way, the half million women listed with the authorities, according to the CGLI, 340,000 refers to domestic employees, house help, persons assisting, dependent persons. Of every 10 immigrant women in Italy, 4 are from Europe, 3 from Africa, 2 from Asia and one from Latin America. 80% of the 7,000 citizens of the Dominican Republic who have emigrated to Spain are women and are also extensively employed in the domestic sector. In 2002 the CCOO trade union numbered the total of women migrant domestic workers with correct social security papers at 80,000, with another 25,000 living in an irregular situation. In France, domestic work also constitutes a major source of work for which women: a study carried out back in 1994 showed that almost 25% of migrant women in an irregular situation were domestic employees. In Belgium, according to trade union figures, the sector represents 10,000 out of 120,000 clandestine jobs in all sectors combined. Thousands of clandestines, in Asia, the same tandem of 'domestic work' migrant women: in 1999 put at around 400,000 the number of its women workers in the sector.

In Geneva, Swiss transporters train organizing workers from other clandestines, particularly domestic workers. (Photo: J.O.)

© CONFEDERATION ON PAGE 2

Kolumbien: 151 ermordete Gewerkschaftsmitglieder in diesem Jahr

Anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte am 10. Dezember verurteilt der IBFG erneut die ungesühnten Morde an kolumbianischen Gewerkschaftsmitgliedern.

Jorge Humberto Marín Henao, Präsident des Verbands der kommunalen Bediensteten (ADEM), einem Mitglied der Internationalen der Öffentlichen Dienste (IÖD, internationaler Gewerkschaftsverband) in Medellin, Kolumbien, hielt sich in den Büros der Gewerkschaft auf, als ein Unbekannter eintrat und nach ihm verlangte. Der Mann erklärte dabei: „Don Julio Cesar hat mich beauftragt Ihnen zu sagen, dass Sie die Stadt verlassen müssen und dass dies die letzte Mahnung ist.“ Daraufhin zog er einen Revolver und schlug damit brutal auf den Kopf von Jorge Humberto ein. Im späteren Verlauf des gleichen Tages betrat eine andere Person das Büro des ADEM und sagte, dass Jorge Humberto drei Tage Zeit habe, um die Stadt zu verlassen.

Jorge Humberto ist daraufhin aus Kolumbien geflohen und fand vorübergehend mit Hilfe der IÖD und anderen Gewerkschaften des öffentlichen Sektors Unterschlupf im Ausland. In Kolumbien gehört er damit noch zu den Glücklichen. Laut einer vom IBFG erstellten Liste, die dem kolumbianischen Präsidenten, Alvaro Uribe, anlässlich des Internationa-

len Tags der Menschenrechte am 10. Dezember zugesandt worden war, wurden bis Mitte November 2002 151 ermordete Gewerkschaftsanhänger gezählt.

Seitdem sind mindestens drei weitere Gewerkschaftsmitglieder umgebracht worden. Der jüngste Mord fand am 23. November statt, als Jairo Vera Arias vor seinem Haus in Bucaramanga, Santander erschossen wurde.

Für Gewerkschaftsmitglieder ist Kolumbien bei weitem das gefährlichste Land der Welt. Trotz der gegenteiligen Behauptungen von Präsident Uribe tritt keine Verbesserung der Situation ein. Am 10. Dezember hat der IBFG zur Betonung des Internationalen Tags der Menschenrechte erneut darum gebeten, den Morden und der offensichtlichen Straffreiheit der Mörder ein Ende zu bereiten. ●

IBFG online ... 204/061202/JL

Anmerkung: Am 10. Dezember hat die IÖD eine Kampagne in Form von Schreiben an die kolumbianische Regierung gestartet, um einen besseren Schutz der Gewerkschaftsmitglieder in Kolumbien zu fordern.

Weitere Veröffentlichungen

Als Reaktion auf entsprechende WTO-Erklärungen hat der IBFG drei neue Berichte veröffentlicht, in denen die Achtung der Kernarbeitsnormen seitens bestimmter WTO-Mitgliedsstaaten bewertet wird.

- In seinem Bericht über Hongkong verurteilt der IBFG den Gesetzentwurf der Regierung, der die bloße Existenz freier Gewerkschaften in Frage stellt, ebenso wie die Tatsache, dass praktisch keine Tarifverhandlungen stattfinden und Wanderarbeitskräfte diskriminiert werden.
- In seinem Bericht über Venezuela weist der IBFG auf Gewerkschaftsrechtsverletzungen und die weite Verbreitung von Kinderarbeit hin.
- In seinem Bericht über Japan stellt der IBFG Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und Gewerkschaftsrechtsverletzungen heraus.

Publisher responsible at law: Guy Ryder, General secretary

IBFG

5 Blvd du Roi Albert II, Bte 1,
1210-Brussels, Belgium
Tel: ...+32 2 2240211, Fax: ...+32 2 2015815
E-Mail: press@icftu.org
Web Site: <http://www.icftu.org>

Editor in chief: Natacha David

Neue Verhaftungen von Gewerkschaftsführern in Simbabwe

Die Polizei von Simbabwe schikaniert auch weiterhin Gewerkschaftsmitglieder und hat am 9. Dezember gegen 17.00 Uhr fünf hochrangige Mitglieder des IBFG Mitglieds, dem Gewerkschaftskongress von Simbabwe (ZCTU), verhaftet, darunter auch dessen Generalsekretär, Wellington Chibhebhe. Auch wenn diese Gewerkschaftsmitglieder anschliessend wieder frei gelassen wurden, so sind diese Verhaftungen doch die traurige Erinnerung an die Unterdrückung und Einschüchterung all jener, die das Regime von Präsident Mugabe nicht unterstützen.

Bei einem kürzlichen Gespräch mit dem IBFG beklagte Wellington Chibhebhe die zunehmende Unterdrückung von Gewerkschaftsmitgliedern und erklärte, dass „der ZCTU mit der Opposition gleichgestellt wird. Wo immer wir auch hingehen, werden wir verfolgt und selbst innerhalb des ZCTU können wir nicht frei sprechen“, erklärte er.

Seine Verhaftung, sowie die der vier anderen Gewerkschaftsmitglieder, erfolgte vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden Wirtschaftsabschwungs und am Vorabend eines nationalen Streiks, zu dem am 10. Dezember eine Koalition von Gruppierungen der Zivilbevölkerung mit Unterstützung des ZCTU aufgerufen hatte. Erste Berichte zeigen, dass sich an die zehntausend Arbeiter und Arbeiterinnen der Streikaktion angeschlossen haben, wohingegen einige Arbeiter in einigen Gebieten aus Angst vor Repressalien durch die Behörden keine andere Wahl hatten, als an ihrem Arbeitsplatz zu erscheinen. ●

IBFG online ... 205/101202/JL